

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/203

22. Oktober 1973

**Nicht auf die leichte Schulter nehmen!**

-----  
Zum mißglückten Anschlag auf Bundespräsident  
Gustav Heinemann

Seite 1 / 37 Zeilen

**Ein Kraftstrom für die SPD**

-----  
Zur ersten Bundeskonferenz der SPD-Arbeitnehmer

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

**Unruhige Junge Union**

-----  
Auf der Suche nach einem eigenen Standort

Seite 4 / 43 Zeilen

**Wenigstens ein CDU-Prominenter!**

-----  
Zur Rüge Echternachs an dem Chile-Heck

Seite 5 / 31 Zeilen

**Kriminalpolizei soll noch effektiver werden**

-----  
Organisationsänderung schließt Lücken im  
Kriminalpolizeinetz

Von Richard Lehnerts MdL  
Innenminister des Landes Niedersachsen

Seite 6 und 7 / 90 Zeilen

**Nicht auf die leichte Schulter nehmen!**  
-----

**Zum mißglückten Anschlag auf Bundespräsident Gustav Heinemann**

Der mißglückte Anschlag auf Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann in Augsburg ist gewiß nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Ob die Augsburger Polizei Mangel an Vorsicht walten ließ, dürfte sich wohl erst im Laufe der Untersuchungen herausstellen. Von dem Mann, der den Anschlag verübte, war bekannt, daß er als Fanatiker zu allem fähig war. Das bekunden seine Drohungen. Schon 1969 ließ dieser Mann den heutigen FDP-Bundestagsabgeordneten Martin Bangemann wissen, er wolle führende Koalitionspolitiker wegen Landesverrats verklagen. Eine vorsätzliche Tötung dieser Politiker wäre nach seiner Ansicht kein Unrecht. Lag darin nicht eine Absicht zum Mord? Das Augsburger Landesgericht hat diese Tatabsicht als "harmlos und nicht gefährlich" bezeichnet, und auch die CSU hat nicht Anstoß an der Mitgliedschaft dieses Mannes und seiner extremen Gesinnung genommen. Erst jetzt wurde ihm die Mitgliedschaft aberkannt.

Mit berechtigter Empörung haben alle im Bundestag vertretenen Parteien, hat die deutsche Öffentlichkeit diesen mißglückten Anschlag auf unseren Bundespräsidenten verurteilt. Aber dabei darf es nicht bleiben. Es tauchen Fragen auf, die nach Antwort heischen. Wer jahrelang die von der sozialliberalen Koalition durchgeführte Ostpolitik verteilte, wer von Landesverrat sprach und die Regierung Brandt/Scheel beschuldigte, sie habe deutsche Lebensinteressen preisgegeben, wer das Augenmaß verlor und in blinder Leidenschaft Emotionen schürte und schürt, wer den Regierungswechsel in Bonn gewissermaßen als Sündenfall diffamierte, der bereitete den Boden vor, auf dem der Mord an politischen Gegnern gedeihen kann. Hier wird und wurde Haß gesät und die politische Atmosphäre vergiftet. Hier gedeiht der sich keinerlei Skrupel auferlegende politische Fanatismus. Unser Volk kennt seine schauerlichen Früchte aus der Geschichte der Weimarer Republik. Sie wurde durch eine Kette politischer Morde gekennzeichnet. Wie bitter mußten wir alle dafür büßen.

Augsburg kann man nicht als einen Zwischenfall abtun. Er sollte eine Warnung an alle Verantwortlichen sein, in den notwendigen politischen Auseinandersetzungen gewisse Grenzen und Gebote nicht zu überschreiten, denn wer sich darüber hinwegsetzt, ermuntert blindwütigen Fanatismus und hemmungslose Fanatiker.  
(ex/22.10.1973/bgy/ex)

+ + +

**Ein Kraftstrom für die SPD**  
-----

**Zur ersten Bundeskonferenz der SPD-Arbeitnehmer**

Die erste Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD stand unter einem guten Stern. Sie stand schon deshalb unter einem guten Stern, weil während der Beratungen durch die organisierten Arbeitnehmer in Baden-Württemberg das Tor zu einer humaneren Arbeitswelt aufgestossen wurde. Der Arbeitstakt am Fließband besteht immer noch, aber er hat seine prinzipielle Gültigkeit als ehernes Gesetz verloren, daß die Arbeit in monotone und menschenzermürbende Handlungen zerlegt werden muß. Der langanhaltende Beifall der Delegierten in Duisburg ist beredtes Zeugnis für die Bedeutung des Streikerfolges.

Der gute Stern offenbarte sich noch in anderer Weise. Diskussion und Beschlüsse der Bundeskonferenz widerlegen Unkenrufer und Besserwisser der verschiedensten Richtungen, die von einer angeblichen Zerrissenheit der SPD reden. Die Wahrheit ist, daß "Augen, Ohr und Herzkammer der SPD", wie Herbert Wehner die Arbeitsgemeinschaft bezeichnete, an den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen anknüpfend Lösungsmöglichkeiten aufsuchen. Lösungsmöglichkeiten für Probleme und Widersprüche, die den täglichen Lebens- und Arbeitsbereich prägen. Wer anders als eben die SPD-Arbeitnehmer könnte den Druck der Probleme in einer modernen Industriegesellschaft mit einer Elle messen, die über den Tag hinausgeht? Wer hätte vor den Arbeitnehmern ein Recht, nach den Instrumenten zu fragen und zu suchen, die ihr eigenes Leben verändern und verbessern sollen? Und schließlich: Wer anders als der Arbeitnehmer in der bestimmenden Regierungspartei wird tagtäglich von den Kollegen gefragt, was geschieht für uns und was wird für uns geschehen?

Die Hausmacht der SPD zu sein oder als Gegengewicht zu anderen Arbeitsgemeinschaften verstanden zu werden, das lehnt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ab. Aber das Verhältnis zu den arbeitenden Menschen immer neu zu begründen und auf die bohrenden

Fragen nach der Berechtigung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse eine Antwort zu wissen, das hat man sich in Duisburg zur Grundlage gemacht. Es sollen Antworten sein, die weder den Sozialismus als Aufgabe, noch seine Verwirklichung in der Demokratie leugnen.

Den Unkernrufern ist die Erkenntnis nicht zu ersparen, daß mit der neuen Arbeitsgemeinschaft die praktisch-politische Einheitlichkeit der SPD gestärkt wurde. Ein erstes Indiz dafür ist die Diskussionspraxis der Bundeskonferenz. Sachlichkeit der Beiträge und Nüchternheit der Themen kennzeichneten den Ablauf. Es kann auch niemandem die Einsicht erspart werden, daß sich bis heute nur die SPD den strukturellen Mängeln der Marktwirtschaft stellt und mit dem Augenmaß für das politisch Machbare Änderungen herbeiführt. Die hart diskutierten Begriffe "Investitionslenkung" und "Preiskontrolle" zeigen, wie weit die SPD-Arbeitnehmer sich in diesen Fragenbereich hineinzudenken beginnen.

Ein anderer Bereich bildet die notwendige Ergänzung. Auch der im sozialpolitischen Vorschriftendickicht verborgene Fortschritt kam zu seinem Recht. Eine Vielzahl von Anträgen, mit den sich SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion zu beschäftigen haben werden, belegen dies. Es liegt absolut kein Widerspruch vor, wenn SPD-Arbeitnehmer an vielen Ecken und Enden umzugestalten beginnen, ohne erst auf den großen Wurf zu warten. Diese kleinen Bausteine ersetzen eine lange Haltbarkeit. Auch sie müssen durch die SPD-Arbeitnehmer verständlich gemacht werden, wenn eine weiter gefaßte gesellschaftliche Perspektive glaubhaft sein soll.

Klaus Vater  
(-/22.10.1973/ks/hh)

+ + +

## Unruhige Junge Union

-----

### Auf der Suche nach einem eigenen Standort

Was man bisher nur in Sonntagsreden führender Mitglieder der Jungen Union hören konnte, das scheint jetzt Wirklichkeit zu werden: Die Jugendorganisation von CDU und CSU steuert einen Konfliktkurs gegen Honoratioren der Mutterpartei an, der neues Leben in die Partei bringen könnte. Die Beschlüsse, die die über 200 Delegierten der Jungen Union am Wochenende auf ihrem "Deutschlandtag 1973" in Hamburg zur Vermögensbildung und zur beruflichen Bildung faßten, haben nur noch sehr wenig gemein mit den Vorstellungen des CDU-Vorstandes; mit der CSU scheint gar keine politische Gemeinsamkeit mehr vorhanden zu sein.

Konnte man in den letzten Jahren bereits bei den Jungsozialisten und bei den Jungdemokraten ein kritisches Verhältnis zu den Parteiführungen feststellen, so scheint sich dies jetzt auch bei der Jugendgarde der Unions-Parteien nachzuvollziehen. Hatten die Mitglieder der Jungen Union ihre Arbeit bisher mehr oder weniger als Aufbau der persönlichen Karriere verstanden, so bemühen sie sich jetzt um ein geschlossenes Verbandsprofil. Sie wollen wieder ernstzunehmender Gesprächspartner der jungen Generation werden, Sachprogramme vorlegen und aus der Bedeutungslosigkeit einer Trittbrettfahrer-Organisation herauskommen.

Zu Beginn des Kongresses hatte CDU-Parteivorsitzender Dr. Helmut Kohl mit erhobenem Zeigefinger gedroht: "Es ist unerträglich, daß sich Einzelne oder Gruppen auf Kosten der Partei profilieren wollen". Eine Warnung, die bei der Jungen Union zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht ernst genommen wurde. Immer wieder war die Rede vom Konflikt mit der Mutterpartei. Wenn man den Diskussionen der selbstbewußt werdenden Junioren der Union folgte, dann vergaß man zeitweilig, bei einer Veranstaltung junger CDU-Mitglieder zu sein.

Das energische Pochen auf paritätische Mitbestimmung und der feste Wille, diese auch auf dem CDU-Parteitag im November in einer Koalition aller "reformfreudigen" Kräfte der Union durchzusetzen, ist geprägt von einer seit Jahren bestehenden Profilneurose der Jung-Unionisten. In der jungen Generation wird sie seit langem nicht mehr ernst genommen. Ob sich dieses ändern wird oder ob sich die Hamburger Beschlüsse als bloße Schaumschlägerei erweisen, bleibt abzuwarten. Der neue Vorsitzende der Jungen Union, der 24jährige Jurastudent Matthias Wissmann, wenigstens ist gewillt, der Mutterpartei Dampf zu machen, nicht nur parteiintern, sondern auch in der öffentlichen Auseinandersetzung. Wie weit dieser Konflikt auch von der Mutterpartei gewünscht wird, ist noch nicht überschaubar. Vieles aber deutet darauf hin, daß Dr. Helmut Kohl und seine Mannen neben den Sozialausschüssen ein zweites Feigenblatt wünschen, um nun auch der jungen Generation Sand in die Augen streuen zu können.

Gode Japs  
(-/22.10.1973/ks/hh)

+ + +

**Wenigstens ein CDU-Prominenter!**  
-----

**Zur Rüge Echternachs an dem Chile-Heck**

Das Krachen der Schüsse, mit denen soeben erst wieder ganze Gruppen von chilenischen Oppositionellen hingemordet worden sind, müßte dem ehem. CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck eigentlich betäubend in den Ohren dröhnen. Die Nachrichten, die tagtäglich aus dem Chile der Militärjunta kommen, beweisen, daß dort nach wie vor Terror und Gewalt herrschen und die Bevölkerung, der Heck die "Hinnahme" des Generäle-Regimes angedichtet hatte, tatsächlich zutiefst eingeschüchtert haben.

Das Elend, das zusätzlich zur Militärgewalt gerade die Ärmsten der chilenischen Bevölkerung terrorisiert, wächst nach den jüngsten Informationen von Tag zu Tag zu einer existenziellen Bedrohung. Die Preise laufen im Jet-Tempo davon und die neuen Herren in Santiago rechnen selbst zynisch mit einer Inflation von geradezu abenteuerlicher Größenordnung. Der schwedische Journalist Solander, der seit acht oder zehn Tagen in dem Stadion-Konzentrationslager einsitzt und stündlich mit einem Kriegserichtsurteil rechnen muß, dessen Ausgang nahezu gewiß ist, könnte, wenn ihn ein grundgütiges Schicksal im letzten Augenblick vor den Hinrichtungskugeln bewahren sollte, dem CDU-Politiker Dr. Bruno Heck dasselbe sagen, was der FDP-MdB Rudolf Opitz zutiefst empört und angewidert festgestellt hat: "Ich schäme mich für Sie!"

Die CDU ihrerseits, die vor allem in ihrer Randpresse die chilenische Militärjunta moralisch stützt und dem toten Allende immer neue Schmährufe nachschickt, sollte dem aus dem Amte geschiedenen Junge-Union-Vorsitzenden Jürgen Echternach dankbar sein, der in Hamburg vor dem "Deutschlandtag 1973" seinen Parteikollegen Dr. Bruno Heck wegen dessen Chile-Äußerungen rügte und anklagte. Wenigstens einer aus der ganzen Parteiprominenz der christdemokratischen Parteien, dem dieser Heck zuviel geworden ist!  
(ee/22.10.1973/bgy/ex)

+ + +

**Kriminalpolizei soll noch effektiver werden**  
-----

**Organisationsänderung schließt Lücken im Kriminalpolizeinetz**

Von Richard Lehnerts MdL

Innenminister des Landes Niedersachsen

Die alljährlichen Meldungen über den Anstieg der Kriminalität erfüllen die Bürger, die Polizei und natürlich die Politiker zunehmend mit Sorge. Wenn man bedenkt, daß die Gesamtkriminalität in Niedersachsen zwischen 1963 und 1972 um 76,6 vH. anstieg und die Aufklärungserfolge nicht im gleichen Verhältnis wuchsen, dann kann man verstehen, weshalb ich jetzt "grünes Licht" für Organisationsänderungen bei der Kriminalpolizei gegeben habe.

Zwar hat sich die seit mehr als 20 Jahren bestehende niedersächsische Organisation bewährt, ein Reformbedürfnis ergab sich aber dennoch. Gründe dafür sind zu finden in der Verwaltungs- und Gebietsreform, im von der Innenministerkonferenz verabschiedeten Sicherheitsprogramm, im Wegfall der Sonderlaufbahn "weibliche Kriminalpolizei" und in Analysen mit Hilfe von EDV-Statistiken. Zudem fällt seit geraumer Zeit eine Häufung von Straftatenschmelzen auf, die bisher von verschiedenen Zweigen der Polizei bearbeitet werden mußten. Überschneidungen bei den Ermittlungsverfahren ließen sich dabei nicht immer vermeiden. Im Interesse einer effektiven Bekämpfung der Schwerstkriminalität mit politischem Hintergrund halte ich daher die Zusammenfassung von Kriminalpolizei und Nachrichtepolizei für unbedingt erforderlich.

Dieser Aspekt ist aber nur ein Teil des neuen niedersächsischen Organisationsmodells. Durch die vermehrte Einrichtung von schlagkräftigen Kriminalpolizeizentren soll die Verbrechensbekämpfung weiter intensiviert und das kriminalpolizeiliche Netz verdichtet werden. Verbrechen können bekanntermaßen am besten bekämpft werden, wenn die Kriminalpolizei in der Nähe des Tatortes sitzt, die örtlichen Zusammenhänge, das Milieu und die Lebensgewohnheiten von Opfern und Tätern kennt. Als "Rückgrat" der Verbrechensbekämpfung möchte ich in den acht Regierungs- und Verwaltungsbezirken Niedersachsens 19 zentrale Kriminalpolizeiinspektionen einrichten, die die bisherigen acht Landeskriminalpolizeistellen ersetzen sollen. Sie werden in sieben Fachkommissariate gegliedert und alle in ihrem Bereich anfallenden Straftaten selbständig bearbeiten können. Die Einrichtung eines "rund-um-die-Uhr"-Dienstes soll die Mobilität der Kriminalpolizei weiter erhöhen, außerhalb der Dienstzeit war bisher nur bei acht Kriminalpolizeistellen und -außenstellen ein solcher Dauerdienst vorhanden.

Die Kriminalpolizeiinspektionen sollen den Kriminalpolizeidezernaten bei den Bezirksregierungen nachgeordnet werden, damit wird der Dezernatsleiter zum Leiter der gesamten Kriminalpolizei

im Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirk. Mit seinem Mitarbeiterstab, den der Dezernatsleiter erstmals erhalten soll, wird er für den Gesamtbezirk die Leitungs- und Koordinierungsarbeiten leisten können. Sein Tag und Nacht besetzter Kriminalpolizeilagedienst wird für den überregionalen Einsatz verantwortlich sein. Mit dem Bezirksfahndungskommando wollen wir darüber hinaus dem Dezernatsleiter ein mobiles Fahndungsinstrument an die Hand geben, das dem Landesfahndungskommando entsprechend ausgerüstet und ausgebildet sein wird. Dieses neue Kommando soll die Lücke zwischen der örtlichen Fahndung und dem Landesfahndungskommando schließen.

Die bisher bestehenden Landeskriminalpolizeinebenstellen werden als Kriminalkommissariate den Inspektionen nachgeordnet. Sie erhalten die Aufgabe, die Kriminalitätsverfolgung in ihrem Bereich wahrzunehmen. Dafür werden sie entsprechend verstärkt und ausgerüstet. Ihre Anzahl wird von 20 auf 29 erhöht und so auf das Land verteilt, daß die Kriminalitätsbekämpfung "vor Ort" erfolgreicher gestaltet werden kann. Das erhoffe ich insbesondere im Bereich der Diebstahlskriminalität, die mit 73,9 vH. an der Gesamtkriminalität beteiligt ist.

Wenn Tatort und Kriminalkommissariat nicht weit auseinander liegen, kann die Zeit vom Ausüben des Verbrechens bis zum Beginn der Aufklärungsmaßnahmen erheblich verkürzt werden. Der entstehende Zeitgewinn verbessert die Chancen der Polizei, die relativ niedrige Aufklärungsquote im Diebstahlsbereich kann so hoffentlich gesteigert werden.

Gut 50 vH. aller Diebstahlsstraftaten werden von Jugendlichen verübt. Dieser Tatsache wollen wir besonders Rechnung tragen. In allen Kriminalpolizeiinspektionen soll ein Beauftragter für Jugendsachen für die Zusammenarbeit mit den übrigen Behörden und Einrichtungen des Jugendschutzes sorgen. Dazu werden die Sachbearbeiter der bestehenden Jugendschutzdienststellen in die Fachkommissariate versetzt. In Zukunft sollen alle Kriminalpolizeibeamte während ihrer Ausbildung mit den Problemen des Jugendschutzes in der Hoffnung vertraut gemacht werden, daß es gelingen möge, auf diesem Spezialgebiet noch mehr Erfolge als bisher zu erzielen.

Niedersachsen wird voraussichtlich zum 1. April 1974, zu diesem Zeitpunkt soll die Organisationsform in Kraft treten, insgesamt 19 zentrale Exekutivdienststellen und 29 Kriminalpolizeikommissariate in den weiter entlegenen Landesteilen aufweisen. Die erforderliche sächliche und personelle Ausstattung der einzelnen Dienststellen soll stufenweise mit den nächsten Haushalten erfolgen.

Organisationsänderungen sind selten geeignet, der Öffentlichkeit erläutert zu werden. Sie stoßen meistens auf nur geringes Interesse. Bei der Neuorganisation der Kriminalpolizei in Niedersachsen geht es aber um mehr als ein internes Problem einer Behörde. Hier wird das Problem "Kriminalitätsbekämpfung" angefaßt, und damit die Belange aller Bürger berührt. Mit der von mir vorangetriebenen Neuorganisation der Landeskriminalpolizei soll ein Beitrag zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit aller Bürger geleistet werden. Und das gehört schließlich auch zur Steigerung der Lebensqualität.

(-/ 22.10.1973/bgy/hh)